

schreibt. Die Forderung, Student*innen zum Denken auszubilden, zu Autor*innen eigener Wissenskategorien zu machen und nicht als Rezipient*innen von Theorien der europäisch-westlichen Machtzentren zu entmündigen, wendet sich vorrangig an lateinamerikanische Lehrende und thematisiert die in der Wissenschaft persistierende Kolonialität des Wissens. Die von ihrer Position innerhalb des globalen Macht-Wissens-Verhältnisses formulierte, bereichernde, dekoloniale Kritik der Universität und akademischer Evaluationstechniken sollte jedoch gerade auch in europäischen und deutschen Universitäten – gerade bei Studierenden, Lehrenden und Forschenden in diesen Institutionen – Gehör finden. Wie auch Álvarez das Ausbleiben von Rückfragen zu Segatos Kritik an der Universität bei einem Vortrag in Argentinien feststellt – „Dieses Schweigen – eine Verdrängung, eine Verwerfung?“ (171) – bleibt eine Rezeption dieses Aspektes von Rita Segatos Werk auch seit seinem deutschen Ersterscheinen 2021 aus. Ein Umstand, der mit einer breiten Rezeption Segatos Arbeit, inklusive seiner ungemütlichen Aspekte, aufgrund der Übersetzung ins Deutsche nun hoffentlich der Vergangenheit angehört. „Und so wie mir verziehen wurde, so wie mir zugestanden wurde, ungehorsam zu sein, bin ich zu jemandem geworden, der denkt, der schreibt und den andere Menschen lesen. Es ist kurios.“ (173)

Zelda Wenner

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v42i2.20>

Anmerkungen

- 1 Und die Tatsache, dass eine zweiminütige Google-Suche zur Wortherkunft und der Verweis auf einen lateinischen Wortstamm meiner Aussage mehr Legitimation verleiht, ist Teil des Problems.
- 2 Ich nutze die Begriffe Frauen und Männer so, wie sie im Werk selbst verwendet werden. Die (nicht gegenderten) Zitate entsprechen der deutschen Übersetzung des Werkes. Mit der gewählten, nicht gegenderten Schreibweise folgt die Übersetzerin Sandra Schmidt wiederum dem spanischen Original.

Kristina Lunz: *Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch.*

Wie globale Krisen gelöst werden müssen. Berlin: Econ 2022, 448 Seiten

Feministische Außenpolitik klingt wie ein Zauberwort in der derzeitigen Diplomatie, vor allem weil es im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien 2021 genannt wird und damit die amtierende deutsche Bundesregierung in die Pflicht nimmt. Seitdem wird beispielsweise in politikwissenschaftlichen Diskussionen darüber reflektiert, was Inhalte und Ziele, Potenziale und Grenzen einer feministischen Außenpolitik sind oder sein könnten. Für entwicklungspolitische Debatten ist das Thema auch relevant, zumal Außen- und Entwicklungspolitik kohärent sein sollen und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) laut offiziellen Verlautbarungen einen feministischen Kurs eingeschlagen hat. Entsprechende Strategien oder Aktionspläne gibt es aktuell – Mitte 2022 – aber noch nicht.

Umso interessanter sind Publikationen, die Expertinnen zum Thema und Beraterinnen des Auswärtigen Amtes (AA) erstellt haben. Dazu zählt *Kristina Lunz*, Mitbegründerin und Mitgeschäftsführerin des *Centre for Feminist Foreign Policy* (CFFP)

in Berlin. Ihr neues Buch mit seinem programmatischen Titel gibt einen Überblick zu konzeptionellen Aspekten, verschiedenen Themen bzw. Anwendungsfeldern und diplomatischen Kontroversen. Es richtet sich an eine größere Öffentlichkeit und argumentiert feministisch. Lunz interpretiert Feminismus als Instrument zur Analyse von Macht und Hierarchien, um Ungleichheiten aller Art aufzudecken und zu ändern. Dabei misst sie Intersektionalität im Sinne der wechselseitigen Verstärkung verschiedener Diskriminierungsmuster großen Stellenwert zu.

Im Druckbild hervorgehoben sind thematisch ausgerichtete Kurzportraits international anerkannter Vorreiterinnen für eine feministische Außenpolitik – einige von ihnen kommen aus postkolonialen Ländern und beziehen diese Herkunft in ihre jeweiligen Standpunkte ein. Mit vielen kooperiert das CFFP; so wird auch ein Eindruck von dessen Vernetzungen vermittelt. Punktuell gibt es konkrete inhaltliche Hinweise auf das CFFP und subjektive Betrachtungen der Autorin, die sie immer als solche benennt.

Von den dreizehn Kapiteln unterschiedlicher Länge werde ich nun einige, die für die Argumentation beispielhaft sind, genauer vorstellen. So erinnert das Kapitel zu den Anfängen feministischer Außenpolitik wertschätzend an die Frauenfriedensbewegung im Ersten Weltkrieg. Es stellt Forderungen und Organisationsformen damaliger Pazifistinnen vor; anschaulich beschreibt es ihre Entschlossenheit, gegen Widerstand friedenspolitische Ziele zu erreichen. Anknüpfend an ihre visionären Forderungen skizziert es erste Bestrebungen zu einem feministischen Völkerrecht. Darauf baut ein strukturierter Längsschnitt der Verabschiedung von Frauen- und Menschenrechtsabkommen auf. Schon in den Begriffsklärungen, die diesen Erläuterungen vorangestellt sind, hat Lunz das Konzept der menschlichen Sicherheit kritisiert, da es Machtdynamiken und Unterdrückung nicht ausreichend beachte. Deshalb sei eine feministische Sicherheitsorientierung notwendig. Damit einher geht eine Abkehr von der bisherigen militaristischen Ausrichtung staatlicher Sicherheitspolitik.

Ein weiteres Kapitel nimmt sich die Diplomatiegeschichte und die Prämissen, Paradigmen bzw. Theorieansätze – wie den Realismus – in den internationalen Beziehungen vor. Dabei kritisiert es die Fixierung auf US-amerikanische Deutungen, die Eindimensionalität und die männliche Dominanz im Wissenschaftsgetriebe der Forschung über die Internationalen Beziehungen als androzentrische, imperiale und elitäre Männerbündelei. Es kontrastiert Standpunkte US-amerikanischer Politologinnen, die seit Jahrzehnten dagegen anschreiben, mit den gängigen Interpretationen des oftmals gewaltsamen Machtgerangels. Internationale Beziehungsforscherinnen gehen von multidimensionalen, kontextabhängigen Interessen und dynamischer Objektivität aus; Realitätsnähe, Kooperation und kollektiver Ermächtigung messen sie große Bedeutung bei.

Mit Blick auf die Repräsentanzfrage stellt Lunz klar, es reiche nicht, die Zahl von Frauen im diplomatischen Dienst zu erhöhen, wobei sie ebenso auf die deutliche Benachteiligung von Migrierten in der deutschen Verwaltung insgesamt und damit auch im AA hinweist. Vielmehr verlangt sie in nationalen Gremien und internationalen Organisationen einen Strukturwandel, der neokoloniale Muster und

Paradigmen durchbreche. Zudem seien gerechtere Handelsabkommen und weniger Protektionismus der reichen Länder notwendig.

Ausführlich erläutert das Buch Friedens- und Sicherheitsfragen, detailliert veranschaulicht es die UN-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Dabei zeigt es deren Entstehungsgeschichte – insbesondere die tragende Bedeutung international vernetzter Friedensaktivistinnen – und die Umsetzung durch die deutsche Bundesregierung auf. Hier wird klar, wie wichtig beharrliche zivilgesellschaftliche Arbeit für die Inhalte und Implementierung der Resolution war. Lunz geht noch einen Schritt weiter und skizziert, was der UN-Sicherheitsrat zur feministischen Friedensförderung betragen könnte – beispielsweise die stärkere Einbeziehung von Gender-Konfliktanalysen sowie die systematische Berücksichtigung des Sachverstands von Friedensexpertinnen und -aktivistinnen. Der Tenor lautet: Ohne Überwindung militarisierter Männlichkeit sei kein nachhaltiger Frieden möglich. In diesem Zusammenhang weist sie auch auf kritische Einschätzungen zur UN-Resolution 1325 und deren Folgeresolutionen hin, zumal einige Forscherinnen monieren, diese seien zu wenig an umfassenden feministischen Friedenszielen ausgerichtet, Sicherheit für Frauen in Kriegen reiche nicht. Ähnliches betreffe die ausdrückliche Nennung sexueller und reproduktiver Rechte bzw. reproduktiver Gesundheit.

Ein Kapitel des Buches skizziert Eckpunkte einer menschenrechtsbasierten, feministischen globalen Gesundheitspolitik. Diese soll unter Bezug auf die UN-Nachhaltigkeitsziele eine universelle Gesundheitsversorgung erreichen und jegliche Diskriminierung auf der Basis von Geschlecht, sexueller Orientierung, sozio-ökonomischen Status oder Herkunft vermeiden. Der Weg dorthin ist laut Lunz weit, angesichts der strukturellen männlichen Dominanz in der medizinischen Forschung und Praxis betrafen Defizite im Kontext der Corona-Pandemie, die vielerorts von neokolonialer Machtpolitik beim Zugang zu Impfsenen geprägt gewesen sei, vor allem Schwangere und Mütter. Auch der eingeschränkte Zugang zu Verhütungsmitteln stelle ein Problem dar, wobei *Gender*, *Race* und *Class* als weitere Kategorien mit Blick auf die genderspezifischen Benachteiligungen aufgeführt werden. Widerstand patriarchaler Interessengruppen gegen legale Schwangerschaftsabbrüche thematisiert das Buch ebenso wie das Recht auf Gesundheit sexueller Minderheiten, gegen das reaktionäre Kräfte ebenfalls eifern. Dabei spricht sich die Autorin gegen jegliche Diskriminierung marginalisierter Gruppen im Gesundheitswesen aus und argumentiert mit einem umfassenden Gesundheitsbegriff.

Globale Gesundheitspolitik als Teil feministischer Außenpolitik zu betrachten, führt zur Frage, wie es damit im Ländervergleich gestellt ist. Die Ansätze verschiedener Regierungen beschreibt ein weiteres Kapitel. Vor allem Schweden gilt weltweit als Vorbild; ihm widmet sich Lunz ausführlich, indem sie auf dessen Kernbereiche Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik, humanitäre Hilfe sowie Handelspolitik eingeht. Langfristige Strategien sind dort mit kurzfristigen Aktionsplänen verbunden, eine entsprechende Personalstruktur soll auf unterschiedlichen Entscheidungs- und Arbeitsebenen dafür zuständig sein. Zivilgesellschaftliche Aktivistinnen kritisieren aber die mangelnde Ausrichtung auf Abrüstung ebenso wie Waffenlieferungen in Konfliktgebiete oder an Regime, die grundlegende Frauen-/Menschenrechte

missachten – ein Widerspruch, den Lunz benennt, aber nicht genauer analysiert. Davon sieht sie auch bei folgenden Beispielen ab. Kanada liefert Waffen nach Saudi-Arabien, während es gleichzeitig eine umfassende feministische Außenpolitik erarbeitet, bislang beschränkt sich diese auf Friedens- und Entwicklungsbereiche. In Mexiko, einem Land, das einen intersektionalen Feminismus in seiner Außenpolitik postuliert, konkrete Zeitpläne aufgestellt hat, Gleichstellung in der Klimapolitik verfolgt und Gewalt gegen Frauen bekämpfen will, skandalisieren Aktivistinnen, dass die Regierung unter einem Präsidenten, der rechte religiöse Ansichten vertritt, viel zu wenig gegen die zahlreichen Frauenmorde und die grassierende geschlechts-spezifische Gewalt im Land unternimmt. Frankreich geht es bislang vor allem um Entwicklungsprogramme; noch fehlt ein umfassendes Konzept, hier kritisiert die Autorin vor allem den Nuklearwaffenbesitz.

Ihre Ausführungen zur Klimapolitik als Teil feministischer Außenpolitik unterstreichen die Bedeutung von globaler Klimagerechtigkeit, während die Skizzierung der Migrations- und Entwicklungspolitik sehr knapp ausfällt und damit hinter anderen Themen weit zurücksteht. Diese Bereiche hat das CFFP offenbar noch nicht in eigenen Studien genauer behandelt. Man darf gespannt sein, was Lunz und ihr Team dazu in Zukunft erarbeiten und welche Konzeption das AA vorlegt – auch hinsichtlich der Kohärenz mit einer feministischen Entwicklungspolitik.

Rita Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v42i2.21>

Dan Diner: *Ein anderer Krieg. Das jüdische Palästina und der Zweite Weltkrieg 1935-1942*. München: Deutsche Verlagsanstalt 2021, 346 Seiten

Noch immer werden beide Weltkriege des 20. Jahrhunderts allzu häufig beschränkt auf das europäische Kriegstheater betrachtet. Der an der *Hebrew University* lehrende deutsch-israelische Historiker Dan Diner möchte für den Zweiten Weltkrieg den „Blick vom globalen Süden aus nach Norden“ richten und „den Bewegungen im kolonialen Bereich“ folgen (7). In deutscher Sprache wurde so etwas schon einmal unternommen, in dem 2005 erschienenen, ab 2014 von der Bundeszentrale für politische Bildung vertriebenen Band des Rheinischen JournalistInnenbüros *Unsere Opfer zählen nicht. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg*. Der Kontrast ist instruktiv: Einer universellen Sicht steht hier das Bild eines auf eine zentrale Region orientierten Geschehens gegenüber, auf das damals als britisches Völkerbunds-Mandat verwaltete Palästina, einerseits als Teil einer *Imperial Defence*, die wesentlich für die Verbindung Großbritanniens nach Indien sowie für die Verteidigung der Machtsphäre des Indischen Ozeans war, andererseits als Ort des *Yishuv*, des zionistischen Projekts in Palästina. Im Weiteren arbeitet Diner diese Perspektive in der Überschneidung zweier Kriege aus, zum einen des großen, globalen Geschehens, zum anderen des Kampfes um die jüdische „nationale Heimstatt“.

Da Diner vorrangig den Raum behandelt, kann er sich von der zeitlichen Abfolge lösen und immer wieder „eher elliptisch“ (9) unterschiedliche Ereignisse und auch